



Kuba und die USA: Derzeit keine Eile bei der Rücknahme von Sanktionen (Quelle: [Cubahora/Flickr](#))

Wenige Tage vor seinem Abtritt als Präsident veranlasste Donald Trump Anfang Januar die Aufnahme Kubas in die US-Liste der „[Staatssponsoren des Terrorismus](#)“. Inzwischen sind deren Auswirkungen in der Wirtschaft des sozialistischen Landes angekommen, was vor allem die Finanzbeziehungen der Insel betrifft. Wie die Nachrichtenagentur „Reuters“ [meldet](#), berichten ausländische Unternehmen von zunehmenden Problemen bei Banktransaktionen von und nach Kuba. Bis sich die Lage verbessert, könnte indes noch einige Zeit vergehen...

Nach Schilderungen von Unternehmern gegenüber Reuters haben seit der [\(Wieder\)aufnahme Kubas in die US-Terrorliste](#) im Januar viele der ohnehin schon immer weniger werdenden Banken, die Geschäfte mit Kuba abwickeln, ihre Leistungen eingeschränkt. Die Folgen sind Ausfälle, Verzögerungen und steigende Kosten. Auch Staatsunternehmen, diplomatische

Vertretungen und andere Organisationen sind von den Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr betroffen. Die Finanzinstitute verweisen bei der Begründung der Probleme auf das hohe Risiko von Strafzahlungen und Sanktionen durch die US-Finanzaufsicht. Neben Kuba befinden sich derzeit nur drei weitere Länder auf der erstmals 1979 ausgestellten Liste: Syrien, Iran und Nordkorea.

Obwohl US-Vizepräsidentin Kamela Harris im Wahlkampf Lockerungen der seit 1961 bestehenden Wirtschaftsblockade in Aussicht gestellt hat, dürfe deren Umsetzung noch einige Zeit auf sich warten lassen. Wie die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, vor einigen Tagen [erklärte](#), habe die jetzige Administration „keine Eile“ mit Blick auf versöhnliche Gesten in Richtung Havanna. „Ein Politikwechsel in Bezug auf Kuba ist derzeit nicht unter Präsident Bidens Top-Prioritäten“, so Psaki.

Zuvor [forderten](#) 80 Demokratische Kongressabgeordnete Joe Biden in einem offenen Brief dazu auf, kubanischen Familien im Rahmen eines „produktiven Dialogs“ zur Seite zu stehen und rasch auf den Weg einer Normalisierung der Beziehungen zurückzukehren. Im Frühjahr 2015 wurde Kuba nach 33 Jahren durch die Obama-Regierung von der US-Terrorliste [gestrichen](#), im Jahr darauf folgte ein historischer gewordener [Staatsbesuch in Havanna](#). Unter Trumps Kurswechsel wurden fast alle der damaligen Lockerungen in mehreren Schritten aufgehoben, [neue Sanktionen](#) kamen hinzu. Seit 2017 hat die erst zwei Jahre zuvor eröffnete US-Botschaft in Havanna ihr Personal und damit auch die angebotenen Dienste [auf ein Minimum reduziert](#), was immer größere Probleme bei der Bearbeitung von Visaanträgen entstehen ließ.

Bisher deutet wenig darauf hin, dass die Biden-Administration nahtlos an die „[proaktive Normalisierung](#)“ der späten Obama-Ära anknüpfen wird. Zunächst steht offenbar die graduelle Rücknahme der seit 2016 verschärften Wirtschaftssanktionen an: Man werde eine „sorgfältige Überprüfung“ der unter Trump getroffenen Maßnahmen einleiten, kündigte Psaki an, darunter auch die Wiederaufnahme Kubas in die US-Terrorliste. Die De-Listung gilt jedoch als langwieriger Prozess, da eine umfangreiche erneute Überprüfung gestartet werden muss.

Die jüngste Verschlechterung der Finanz- und Außenhandelsbedingungen, welche bereits mit der Einschränkung von Geldsendungen [im November 2020 begann](#), hat Auswirkungen auf Privathaushalte und sämtliche Eigentumsformen der kubanischen Wirtschaft. Sie trifft das

Land am Beginn einer umfassenden [Währungsreform](#), nach einer Rezession von 11 Prozent in Folge des pandemiebedingten [Kollaps des Tourismus](#), und könnte positive Effekte der [zuletzt](#) beschleunigten wirtschaftlichen [Reformagenda](#) in der zweiten Jahreshälfte mindern.

Inmitten der schwersten [Wirtschaftskrise](#) seit den 1990er Jahren ist mit Blick auf das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten für die Insel kurzfristig keine Besserung in Sicht. Zwar sind weitere konkrete Schritte wie die Erweiterung von Limits bei Geldsendungen und Reiseerleichterungen im Gespräch, ob und wann Kuba darüber hinaus in Bidens Agenda aufrückt, bleibt offen. Bevor neue diplomatische Initiativen gestartet würden, werde man sich zunächst auf die Bekämpfung der Pandemie und die Verbesserung der Beziehungen mit Verbündeten kümmern, [heißt es aus Bidens Stab](#).

Teilen: